

349191
und für
Anzeigen
341015

Hamburger



Abendblatt

Das Wetter
morgen
Wolkig bis heiter,
niederschlagsfrei,
Temperatur um 7 Grad.

Nr. 265 / Jahrgang 15 / Einzelpreis 20 Pf / C 5390 A UNABHÄNGIG • Hamburger Abendblatt • OBERPARTEILICH • Hamburg, Freitag, den 9. November 1962

Staatsanwalt fordert Schuldspruch / Morgen Urteilsverkündung im Lütficher Prozeß (Seite 24)

Das entscheidende Telefongespräch mit Madrid ist aufgeklärt

Strauß bekennt: Ich war es!

Haushalt unter der Lupe

Von unserer Bonner Redaktion
Bonn, 9. November
Die Haushaltsexperten des Bundestages nahmen gestern den Bundesetat für 1963, der Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 56,8 Milliarden DM vorsieht, scharf unter die Lupe. Er wurde gestern im Bundestag in erster Lesung beraten. Nach den vorausgegangenen heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen verlor die Aussprache darüber vor dünn besetztem Plenum betonen.

5500 Sowjetpanzer in der Zone

Deutsche Presse-Agentur
London, 9. November
In der Zone sind zur Zeit zehn sowjetische Panzerdivisionen und zehn motorisierte Divisionen mit zusammen über 5500 Panzern stationiert.

Menschlich gesehen



Buchhändler und Manager

Wer am Vormittag nach einer Opernpremiere in die Buchhandlung an der Staatsoper kommt, erfährt von den eifrig diskutierenden „Kunden“ den gesamten Hintergrund der Aufführung. Hier ist der Treffpunkt der Künstler, Opernfreunde und Ballettomannen, nicht zuletzt auch der Autogrammsammler, die sich für ihre „Jagd“ am Bühneningang gleich gegenüber die neuesten Künstlerfotos besorgen.

Vorbörse heute

Etwas leichter
Eigener Bericht
Hamburg, 9. November
Auf den gestrigen Kursrückschlag in New York hin wurden heute vormittag im verbörslichen Telefonverkehr der Hamburger Banken etwas leichtere Aktienkurse gesprochen bzw. bezahlt: Anilin 390 G / 392 B (394); Bayer 430 G / 432 B (433); Hoechst 381 B (395); AEG 367 G / 369 B (370 G); Siemens 527 G / 529 B (531 1/2); VW 455 G / 457 B (460).

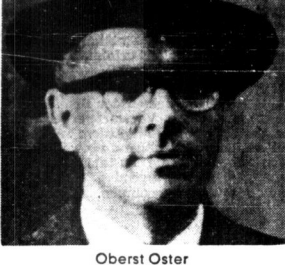
Abgeordnete nehmen den Minister hart in die Zange

Von unserer Bonner Redaktion
wst./fr. Bonn, 9. November

Mit einer handfesten Sensation wurde heute morgen die Fragestunde im Bundestag über die Hintergründe und Begleiterscheinungen der „Spiegel“-Affäre fortgesetzt. Bundesverteidigungsminister Strauß gab zu, selbst das entscheidende Telefongespräch mit dem deutschen Militärattaché in Madrid, Oberst Oster, das die Verhaftung des Redakteurs Conrad Ahlers zur Folge hatte, geführt zu haben.

Strauß sagte, er habe Oster angewiesen, die spanischen Behörden vom Vorliegen eines Haftbefehls gegen Ahlers zu verständigen und um entsprechende Maßnahmen zu bitten. Dieses Eingeständnis machte er auf eine Frage des SPD-Bundestagsabgeordneten Eler.

Wörtlich sagte Strauß: „Die Mitteilung der Sicherungsgruppe, daß Ahlers



nicht verhaftet werden konnte, weil er sich in Spanien oder Tanger befindet und daß Oberst Oster von seinem Aufenthalt wisse, erfolgte an das Verteidigungsministerium und nicht an mich. Oster wurde daraufhin vom Ministerium angerufen und ihm das Vorliegen eines Haftbefehls gegen Ahlers mitgeteilt. Er wollte die Sache nicht glauben und erklärte, er könne im ganzen Ministerium nur die Stimme des Ministers und nur von ihm würde er Weisungen entgegennehmen. Daraufhin wurde ich mit Oster verbunden.“

Eler: „Ist Herr Oster ausdrücklich gesagt worden, daß das Ehepaar Ahlers festzunehmen sei?“
Strauß: „Vom Ehepaar Ahlers war niemals die Rede. Es wurde Herrn Oster gesagt, daß ein Haftbefehl gegen Ahlers an die spanischen Stellen unterwegs sei. Oster hat dann gesagt, was er als Staatsbeamter verpflichtet war. Er hat verhindert, daß Herr Ahlers, dessen ein Haftbefehl wegen Landesverratsverdachts vorlag, nicht weiter nach Tanger flüchten konnte.“

Schäfer (SPD): „Welche Anordnung erhielt Oster?“
Strauß: „Es ist Aufgabe jeder Amtsperson, wenn ihr ein Haftbefehl und der Aufenthalt des Betroffenen bekannt ist, die Behörden, in diesem Fall die spanischen, zu verständigen.“
Schäfer: „Sie haben ihm also einen Auftrag gegeben?“
Strauß: „Da Herr Oster bei den Reiseveranstaltungen von Ahlers beteiligt und mit ihm in Madrid auch zusammengetroffen war, mußte jeder Verdacht der Vernebelung und Verdunkelung beseitigt werden.“

Prof. Carlo Schmid: „Darf ein Militärattaché zum Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft gemacht werden?“
Strauß: „Nein, aber er ist zur Amtshilfe verpflichtet.“
Döring (FDP): „Bestand denn der

Bohrende Fragen

Mit äußerster Konzentration und Ruhe versucht Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier die Würde des Hauses zu wahren. Immer wieder weist er die Fragesteller darauf hin, daß ihre Zusatzfragen nicht von den Themen der schriftlich gestellten Fragen abweichen dürfen. Das hört sich dann so an:
Der Abgeordnete Metzger (SPD): „Herr Minister Strauß, wenn Sie für alle Handlungen Ihres Hauses politisch verantwortlich sind, warum mußte dann Ihr Staatssekretär Hopf gehen?“
Gerstenmaier unterbricht ihn sofort: „Die Frage lasse ich nicht zu.“

Sehr ruhig, aber schneidend, fragt der Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Dr. Mommer: „Herr Minister, wollen Sie immer noch die von Ihnen öffentlich aufgestellte Behauptung aufrechterhalten, daß Sie mit der Aktion nichts, aber auch gar nichts zu tun haben?“

Strauß: „Ich habe lediglich in der Nacht auf den 27. mit Oberst Oster gesprochen. Das war alles. Mit der Aktion selbst habe ich nichts zu tun.“
Die Abgeordneten der Opposition versuchen weiter, Strauß mit schnellen, bohrenden Fragen in die Enge zu treiben. Wie aus der Pistole geschossen kommt die Frage des Abgeordneten Ritzel: „Wie erklären Sie sich den Widerspruch, der darin besteht, daß Sie uns gestern gesagt haben, Sie hätten mit der Affäre nichts zu tun gehabt. Und heute sagen Sie uns, daß Sie mit Oberst Oster telefoniert haben?“

Strauß ausweichend: „Ich sagte Ihnen doch schon, daß ich mit der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens der Bundesanwaltschaft nichts zu tun hatte.“
Ritzel drängt: „Herr Minister, da Ihnen die enge Zusammenarbeit von Herrn Ahlers, der einst Pressereferent Ihres Hauses war, mit Oberst Oster, der ebenfalls früher in Bonn tätig war, bekannt ist, und da Sie beide Herren persönlich kennen, warum haben Sie dann nicht versucht, den Obersten Oster zu veranlassen, er solle versuchen, einen bis dahin unbescholtenen Mann, Conrad Ahlers, zur freiwilligen Rückkehr nach Deutschland zu bewegen?“

Bundestagspräsident Gerstenmaier unterbricht Ritzel: „Die Frage kann ich nicht zulassen.“
Noch einmal versucht es der SPD-Abgeordnete Wittrock, auf ein Kernthema zurückzukommen. Er sagt: „Herr Minister, wenn Ihr Staatssekretär Hopf im Rahmen seiner Befugnisse gehandelt hat, warum wurden dann politische Maßnahmen gegen ihn ergriffen, warum wurde dann Hopf beurlaubt?“
Gerstenmaier: „Nicht zugelassen.“
Die Debatte wurde bei Redaktionsschluß fortgesetzt.

180 Bunker um Berlin

Von unserer Berliner Redaktion
B. Berlin, 9. November
Einen neuen Erdunker mit nach West-Berlin gerichteten Schießscharten errichten Pankower Grenzpolizisten an der Zonengrenze des West-Berliner Vorortes Rudow.
Damit sind in den letzten Wochen insgesamt 180 Erd- und Betonbunker rund um Berlin errichtet worden.



Funkbild aus dem Bundestag: Adenauer und (vor ihm) Strauß während der großen Parlamentsschlacht

Neuer Brief Chruschtschows an Kennedy

Associated Press
Washington, 9. November
Chruschtschow soll schon am Dienstag ein neues, in privatem Ton gehaltenes Schreiben an Präsident Kennedy gerichtet haben, das die „Washington Post“ erfahren. Thema: Kuba.

Die „Washington Post“, die politisch wichtigste Zeitung der amerikanischen Bundeshauptstadt, hat sich bei zuständigen Regierungsstellen Gewißheit verschafft, daß der Brief tatsächlich eingegangen ist. Über die Einzelheiten werde Stillschweigen gewahrt.

Elektronengehirne rechneten genau

Eigener Dienst
Washington, 9. November
Heute früh lag das endgültige Ergebnis der Wahlen zum amerikanischen Repräsentantenhaus vor. 259 Demokraten und 176 Republikaner werden in den neuen Kongreß einziehen.

Die Tatsache, daß das Hamburger Abendblatt dieses Ergebnis schon am Mittwochmittag genau vorausgesagt hat, wenige Stunden nach Schließung der letzten Wahllokale, beruhte auf den Prognosen der von den großen amerikanischen Zeitungen und Fernsehstationen eingesetzten Elektronengehirne.

Diese „Computers“, wie sie in Amerika genannt werden, haben sich auch nicht in einem einzigen Fall verrechnet, obwohl bei der betreffenden Voraussage erst knapp ein Drittel der Stimmen ausgezählt war. Ein Triumph der Technik, die immer da sinnvoll ist, wo sie vom Menschen eingesetzt wird und ihm dienbar bleibt!

US-Kriegsschiffe längsseits der Sowjetfrachter

Rückzug aus Kuba in vollem Gange

Eigener Dienst - ap - dpa - Springer-Auslandsdienst
Washington/Havanna, 9. November

Über tausend Russen, die meisten davon Raketentechniker und andere Spezialisten, haben Kuba auf dem Seewege wieder verlassen. Das gaben heute früh zuständige Stellen in Washington bekannt.

Auch die übrigen „Militärberater“ der Sowjets bereiten sich offensichtlich auf die Rückreise vor. Um ganz sicher zu sein, geht die amerikanische Luftaufklärung ständig weiter.

Während diese Zeilen in Druck gehen, befinden sich die ersten drei sowjetischen Frachter, die die Raketen selbst aus Kuba abtransportieren, innerhalb des amerikanischen Blockaderrings im Kontakt mit US-Kriegsschiffen. Es handelt sich um die Frachter „Dwinohorsk“, „Flizik Kurchtow“ und „Anasow“.

Die amerikanischen Kriegsschiffe sind längsseits gesessen und fotografieren den an Deck gestapelten Teil der heiklen Ladung der Sowjetfrachter. Diese Form der „Zusammenarbeit“ sei verab-

Amerika in Erwartung des Bundeskanzlers

Kennedy las den umstrittenen „Spiegel“-Artikel

Springer-Auslandsdienst
Washington, 9. November

Bundeskanzler Adenauer wird, wie verabredet, am nächsten Montag in Washington eintreffen und am Dienstag mit Präsident Kennedy im Weißen Haus die Besprechungen aufnehmen.

Alles, was in Deutschland über die Spiegel-Affäre bekanntgeworden, gesagt und geschrieben worden ist, drang auch über den Ozean und ist in amerikanischen Regierungskreisen wohlbekannt. Präsident Kennedy selbst hat sich den umstrittenen Spiegel-Artikel, der bei den zuständigen deutschen Stellen den Verdacht des Landesverrats hervorgerufen hat, in englischer Übersetzung vorlegen lassen und hat ihn gelesen.

Die Stellung des Bundeskanzlers als vertrauter und geschätzter Verbündeter — so formulieren es zuständige Stellen im US-Außenministerium — ist jedoch durch die Angelegenheit nicht beeinträchtigt worden. Washington sieht die Spiegel-Affäre als innenpolitisches Problem der Bundesrepublik an.
Präsident Kennedy und der Bundes-

Moskaus „weiche Welle“ noch nicht überall bekannt

Heftige Attacke gegen die USA in Sofia

Springer-Auslandsdienst - dpa
Sofia/Dallas, 9. November

Moskaus neue „weiche Welle“ gegenüber den USA scheint sich noch nicht überall im Ostblock herumgesprochen zu haben. Bei den Revolutionären in Sofia jedenfalls beschuldigte das bulgarische Staatsoberhaupt Ganeff die Vereinigten Staaten „seerüuberischer und banditenähnlicher Übergriffe“ gegen Kuba — was die amerikanische Gesandte, Mrs. Eugenie Anderson, veranlaßte, den Empfang eiligst zu verlassen.

Der chinesische Beobachter beim bulgarischen KP-Kongreß, Wu Hsiu-tschuan, soll, wie die „New York Times“ berichtet, gestern in einer geschlossenen Sitzung die Sowjetunion wegen ihres Rückzuges in der Kuba-Krise in aller Schärfe verdammt haben. Alle diese Indizien sprechen dafür, daß im Ostblock infolge der Kuba-Entwicklung neue scharfe Auseinandersetzungen zwischen dem Flügel der „Scharfmacher“ — repräsentiert vor allem durch Peking — und den Anhängern der elastischen Politik Chruschtschows entbrannt sind.

Einer der bedeutendsten amerikanischen Ost-Experten, der Leiter der Nachrichten- und Forschungs-Abteilung im US-Außenministerium, Roger Hillsman, hat den Westen jedoch eindringlich davor gewarnt, angesichts der Meinungsverschiedenheiten zwischen Moskau und Peking ein „plötzliches und dramatisches Ende“ der sowjetisch-chinesischen Allianz zu erwarten.

Hillsman erklärte, zwingende ideologische und politische Gründe verhindern einen Bruch zwischen Moskau und Peking. Auf der anderen Seite sei eine wirkliche Ausöhnung ebenfalls nicht in Sicht, wenigstens so lange, als Chruschtschow und Mao Tse-tung die Macht in ihren Händen halten.

Smirnows liefern bitten



Zu einem glänzenden Empfang ließen gestern Andrej Smirnow, Sowjet-Botschafter in Bonn (links im Hintergrund) und seine charmante Frau (links) anläßlich der Feier des 45. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution bitten. Hier begrüßt Frau Smirnow Bundesminister von Merkatz (rechts), der als Vertreter der Bundesregierung erschien



„Seld umschlungen Millionen“ oder „Die gefährliche Umarmung“

Sitzung die Sowjetunion wegen ihres Rückzuges in der Kuba-Krise in aller Schärfe verdammt haben. Alle diese Indizien sprechen dafür, daß im Ostblock infolge der Kuba-Entwicklung neue scharfe Auseinandersetzungen zwischen dem Flügel der „Scharfmacher“ — repräsentiert vor allem durch Peking — und den Anhängern der elastischen Politik Chruschtschows entbrannt sind.